

Allgemeine Verkaufs,- und Lieferbedingungen der Birguel Minnich Industriebeschichtung

I. Geltung

Diese Allgemeinen Geschäftsbedingungen für Verkauf von Dienstleistungen und Gütern (kurz AGB) gelten für alle von der Birguel Minnich Industriebeschichtungen erbrachten Liefer- und Dienstleistungen. Unsere AGB gelten ausschließlich. Die Geschäftsbedingungen unserer Kunden werden nicht anerkannt und haben für die von uns getätigten Geschäfte keine Gültigkeit. Eine Ausnahme hiervon stellen die von uns schriftlich anerkannten, fremden Geschäftsbedingungen dar. Die Geltung unserer AGBV wird auch dann nicht berührt, wenn wir in Kenntnis entgegenstehender oder abweichender fremder Geschäftsbedingungen die Vertragsleistung vorbehaltlos erbracht haben.

Alle Vereinbarungen, die zwischen uns und dem Kunden zur Erbringung der vertraglichen Leistung getroffen werden, sind in diesen AGBV schriftlich niedergelegt.

Unsere unter www.minnich-industriebeschichtung.de einsehbaren AGB sind in der jeweils abrufbaren, aktuellen Form gültig. Auf die ggf. erfolgten Änderungen der AGB muss nicht gesondert hingewiesen werden.

Unsere AGBV gelten nur gegenüber Unternehmern im Sinne von § 310 Abs. 1 BGB

Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen gelten auch für alle zukünftigen Geschäfte mit dem Besteller.

II. Angebot und Vertragsunterlagen

1. Unsere Angebote sind freibleibend und unverbindlich.

2. Angebote, Kostenvoranschläge, Modelle, Zeichnungen, Berechnungen

sowie sonstige Vertrags- und Lieferungsunterlagen dürfen unbefugten Dritten nicht zugänglich gemacht werden. Wir behalten an ihnen Urheberrecht und Eigentum. Aufträge, Abreden, Zusicherungen usw. unserer Vertreter bedürfen schriftlicher Bestätigung.

Vertragspflichten entstehen für uns erst aufgrund unserer Auftragsbestätigung oder dadurch, dass wir mit der Auftragsausführung beginnen.

3. Beanstandungen von Bestätigungen sind unverzüglich, spätestens innerhalb einer Woche, schriftlich vorzunehmen.

4. Alle Angaben, wie Maße, Gewichte, Gütezusicherungen, Abbildungen, Muster, Beschreibungen, Skizzen usw. in Angeboten, Katalogen und sonstigen Drucksachen sind nur annähernd, jedoch bestmöglich ermittelt, es sei denn, dass sie in unserer Auftragsbestätigung

ausdrücklich als verbindlich bezeichnet werden. Die Übereinstimmung vom Kunden beigestellten Materials und von Halbfabrikaten mit vertraglichen Spezifikationen oder übergebenden Zeichnungen und Mustern werden von uns nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung überprüft.

5. Abschlüsse des Außendienstes sowie telefonische Abmachungen bedürfen zur Wirksamkeit unserer schriftlichen Bestätigung.

III. Preise und Zahlungsbedingungen

1. Sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart, verstehen sich unsere Preise rein Netto, ohne Transport- und Verpackungskosten. Die gesetzliche Mehrwertsteuer ist in der jeweiligen Höhe hinzuzurechnen und wird bei Rechnungserstellung gesondert ausgewiesen. Sofern der Warentransport von uns beauftragt wird, werden die Transportkosten gesondert oder nach Vereinbarung in Rechnung gestellt. Bei Entstehung von Verpackungskosten, werden diese ebenfalls gesondert in Rechnung gestellt.

Wir sind berechtigt, Mindermengenzuschläge zu erheben.

Diese werden von uns mit dem Auftraggeber, dem Grund und der Höhe nach Abschluss des Vertrages ausdrücklich vereinbart.

Die Preise werden in aller Regel nach dem Gewicht oder Stück der oberflächenbehandelten Teile berechnet.

2. Die Preise verstehen sich für behandlungsgerecht konstruierte Teile. Wir sind berechtigt, für zusätzliche und erforderliche Arbeiten Zuschläge zu berechnen. Hierzu gehören u. a. das Entfernen von hartnäckigen Verunreinigungen wie Zunder, alten Lackschichten, Produktionsrückstände, Korrosion und altem Zinküberzug sowie das nachträgliche Anbringen von Öffnungen an Hohlkörpern.

3. Die vertraglich vereinbarten Preise sind bei einer Lieferung innerhalb von 4 Monaten nach Vertragsabschluss verbindlich.

Bei einem späteren Liefertermin sind wir berechtigt, die Preise zu erhöhen, wenn sich nach Vertragsabschluss die Verhältnisse ändern, insbesondere eine Erhöhung der Rohstoffpreise und der Lohn- oder Transportkosten eintritt.

Die Preisänderungen sind in diesem Falle nur im Rahmen und zum Ausgleich der genannten Preis- und Kostensteigerungen möglich.

Ändern sich die Preise unter Berücksichtigung dieser Umstände um mehr als 5 % der vertraglich vereinbarten Preise, steht den Auftraggebern, die weder Unternehmer noch Sondervermögen des öffentlichen Rechts noch juristische Personen des öffentlichen Rechts sind, das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Das gleiche Recht

steht Unternehmern für solche Rechtsgeschäfte zu, die nicht zum Betrieb ihres Handelsgewerbes gehören.

4. Unsere Rechnungen sind innerhalb von 14 Tagen ab Rechnungsdatum und ohne Abzug zur Zahlung fällig.

Wechsel und Schecks werden nur nach besonderer Vereinbarung und erfüllungshalber angenommen. Die Wertstellung erfolgt auf den Tag der Einlösung. Diskontspesen, Stempelsteuer und Einzugsgebühren gehen zu Lasten des Bestellers und sind sofort fällig.

5. Gerät der Besteller mit seiner Zahlungsverpflichtung in Verzug, so bleibt die Geltendmachung eines über die gesetzlichen Verzugszinsansprüche hinausgehenden Verzugschadens unberührt. Der Besteller ist jedoch berechtigt nachzuweisen, dass uns als Folge des Zahlungsverzuges kein oder nur ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.

6. Aufrechnungsrechte stehen dem Besteller nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten oder von uns anerkannt sind.

Zur Ausübung eines Zurückbehaltungsrechtes ist der Besteller nur insoweit befugt, als sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht.

Bei wesentlicher Vermögensverschlechterung, die auf Seiten des Bestellers nach Vertragsabschluss eintritt oder uns erst dann bekannt wird, haben wir das Recht unsere Leistungen zu verweigern und zu verlangen, dass der Besteller eine Gefährdung des Vertragszwecks durch ausreichende Sicherheitsleistung beseitigt.

7. Kommt der Besteller dem Verlangen nach Sicherheitsleistung nicht innerhalb von 8 Tagen nach, sind wir berechtigt vom Vertrag zurückzutreten oder Schadensersatz zu verlangen.

8. Liegen Umstände vor, die die Kreditwürdigkeit des Auftraggebers spürbar beeinträchtigen, z.B. Nichteinlösung von Schecks, Zahlungseinstellung, Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahren, so sind wir berechtigt Vorauszahlungen bzw. Sicherheitsleistungen oder Barzahlungen ohne Rücksicht auf entgegenstehende frühere Vereinbarungen zu verlangen.

IV. Lieferung und Lieferverzug

1. Lieferfristen beginnen entweder mit der schriftlichen Auftragsbestätigung, andernfalls erst, sobald sämtliche wesentlichen Ausführungseinzelheiten klargestellt und sich beide Seiten über alle wesentlichen Bedingungen des Geschäfts einig sind.

Die Lieferfrist ist eingehalten, wenn der Liefergegenstand unser Werk zu einem Zeitpunkt verlassen hat, der nach den üblichen Versandbedingungen einen rechtzeitigen Zugang erwarten lässt, oder mit der Meldung der Versandbereitschaft vor Fristablauf.

2. Höhere Gewalt oder bei uns oder Lieferanten eintretende Betriebsstörungen (z. B. durch Aufruhr, Streik, Aussperrungen), die uns ohne eigenes Verschulden vorübergehend daran hindern, den Liefergegenstand zum vereinbarten Termin oder innerhalb der vereinbarten Frist zu liefern, verändern die Liefertermine bzw. Lieferfristen um die Dauer der durch diese Umstände bedingten Leistungsstörungen.
Führen entsprechende Störungen zu einem Leistungsaufschub von mehr als 4 Monaten, sind sowohl der Besteller, wie auch wir selbst zum Rücktritt berechtigt.

3. Setzt uns der Besteller, nachdem wir bereits in Verzug geraten sind, eine angemessene Nachfrist, so ist er nach fruchtlosem Ablauf dieser Nachfrist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten und Schadensersatz zu verlangen.

4. Für den Fall, dass wir nur mit einem Teil der Leistungen in Verzug sind, ist ein Rücktritt des Bestellers vom ganzen Vertrag oder ein Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung des ganzen Vertrages, ausgeschlossen, soweit die teilweise Erfüllung nicht ohne Interesse für den Besteller ist.
Der Besteller trägt insoweit die Beweislast.

5. Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung stehen dem Besteller nur zu, wenn der Verzug auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit beruht (Ziffer VII.1.). Soweit der Verzug auf Fahrlässigkeit zurückzuführen ist, besteht ein Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung nur in Höhe des vertragstypischen und voraussehbaren Schadens.

6. Die Gefahr für zu bearbeitende Gegenstände des Auftraggebers, geht mit dem Verlassen unseres Werkes, spätestens jedoch mit der Übergabe an den Spediteur oder Frachtführer, an den Auftraggeber über.

7. Ist die Ware versandbereit und von uns Bereitschaftsanzeige dem Kunden rechtzeitig vor Lieferfristablauf mitgeteilt worden und verzögert sich die Versendung oder die Annahme aus Gründen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, ist die Lieferfrist eingehalten.

8. Wird der Versand oder die Zustellung der Ware auf Wunsch oder durch

Veranlassung des Auftraggebers verzögert, so ist der Auftragnehmer unbeschadet seiner weiteren Rechte aus Verzug berechtigt, dem Auftraggeber, beginnend 1 Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft, Lagergeld gem. Ziffer VI. 1. für jeden Kalendertag zu berechnen.

9. Für entstandene Wartezeiten wird nicht gehaftet, auch wenn Abholtermine und Anliefertermine ausdrücklich zugesichert werden, es sei denn die Wartezeiten werden um mehr als 3 Stunden überschritten.

V. Gefahrübergang – Verpackung

1. An- und Rücklieferungen erfolgen auf Gefahr und Rechnung unseres Kunden.

2. Die Gefahr für zu bearbeitende Gegenstände des Kunden geht mit dem Verlassen unseres Werkes, spätestens jedoch mit der Übergabe an den Spediteur oder Frachtführer, auf den Kunden über. Wir haften im Hinblick auf Transportschäden nur für Vorsatz und für grobe Fahrlässigkeit.

Die Haftung auch für einfache und leichte Fahrlässigkeit ist ausgeschlossen, soweit es sich nicht um die Verletzung einer vertragswesentlichen Pflicht, im Sinne der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes handelt.

3. Wird die zu bearbeitende Ware auf Wunsch des Kunden durch uns abgeholt, trägt die Transportgefahr der Kunde.

Uns ist es freigestellt, diese Gefahr zu versichern.

4. Verpackung wird in jedem Fall berechnet.

Bei Post- und Expressgutsendungen beziffert sich der Preis auf 2 % des Netto-Warenwertes, mindestens jedoch 1,00 €.

5. Nach Erhalt der Versandbereitschaftsanzeige geht die Gefahr auf den Kunden über, insbesondere im Hinblick auf Lagerisiken.

6. Sofern der Kunde es wünscht, werden wir die Lieferung durch eine Transportversicherung eindecken; die insoweit anfallenden Kosten trägt der Kunde.

VI. Abnahme

1. Der Besteller ist verpflichtet den Kaufgegenstand innerhalb von 14 Tagen ab Datum der Bereitstellungsanzeige abzunehmen. Insbesondere im Abrufverfahren o. ä. sind wir nach Ablauf der vorgenannten Frist zur Abrechnung von Einlagerungskosten durch Weitergabe dieser Kosten berechtigt; bei eigener Einlagerung betragen diese max. € 0,30 pro Kalendertag und m² Lagerfläche. Im Falle der Nichtabnahme können wir im Übrigen von den weiteren gesetzlichen Regelungen Gebrauch machen.

2. Verlangen wir Schadensersatz, so beträgt dieser 15 % des vereinbarten Kaufpreises. Der Schadensersatz ist niedriger oder höher anzusetzen, wenn wir einen höheren oder der Besteller einen geringeren Schaden nachweisen/nachweist.

3. Wir sind berechtigt Teilleistungen zu erbringen. Bei Teillieferungen und Leistungen haben wir einen Anspruch auf anteilige Zahlung des Kaufpreises.

4. Die Rücknahme von Waren, insbesondere von Sonderanfertigungen, ist ausgeschlossen, soweit nicht der Besteller wirksam vom Vertrag zurücktreten kann oder wir uns mit der Rücksendung einverstanden erklärt haben.

Bei nicht gerechtfertigten Rücksendungen werden wir eine Bearbeitungsgebühr von 15 % des Kaufpreises als Schadensersatz berechnen. Der Schadensersatz ist niedriger oder höher anzusetzen, wenn wir einen höheren oder der Besteller einen geringeren Schaden nachweisen/nachweist.

VII. Pflichten, Rechte und Ansprüche des Bestellers bei Sachmängel

1. Ist ein Sachmangel vorhanden, ist er uns unbeschadet der bei beiderseitigem Handelsgeschäft bestehenden Prüfungs und Rügepflichten nach § 377 HGB unverzüglich nach Gefahrübergang schriftlich mitzuteilen. Versteckte Fehler sind ebenfalls unverzüglich nach Feststellung, spätestens jedoch innerhalb von 12 Monaten nach Gefahrübergang bzw. bei fehlender Kontrollmöglichkeit innerhalb vorgenannter Frist ab Besitzerlangung oder Lieferung, schriftlich zu rügen.

2. Sind beanstandete Lieferungen ohne schriftliches Einvernehmen oder ohne auftraggeber- oder bestellerseits nachzuweisen den wichtigen Grund weiterverarbeitet worden oder hat der Besteller selbst Nachbesserungsversuche unternommen, erlöschen sämtliche Rechte des Bestellers wegen Sachmängel.

3. Bei Beanstandungen haben wir das Recht auf Prüfung und Nacherfüllung, wobei wir nach unserer Wahl den Mangel beseitigen oder eine mangelfreie Sache liefern können. Wählen wir die Nacherfüllung in Form der Nachbesserung, kann der Besteller weitergehende gesetzliche Rechte nur geltend machen, wenn er uns zweimal die Möglichkeit zur Nachbesserung eingeräumt hat. Haben wir eine Beschaffenheitsgarantie übernommen, stehen dem Besteller uneingeschränkt die gesetzlichen Rechte bei Sachmängeln zu.

4. Schlägt die Nacherfüllung nach Maßgabe der vorgenannten Ziffer fehl, so kann der Besteller den Kaufpreis mindern oder vom Vertrag zurücktreten.

Schadensersatz wegen eines Sachmangels kann nur nach Maßgabe der nachstehenden Ziffer VIII. geltend gemacht werden.

5. Für veredelte Massenteile kann bis zu 3% Ausschuss oder Fehlermenge keine Haftung übernommen werden.

Die mögliche Ausschuss- bzw. Fehlermenge muss bei Anlieferungsmenge der Rohteile berücksichtigt werden.

6. Die gesetzlichen Rechte bei Sachmängeln bestehen weiterhin nicht, wenn der Sachmangel zurückzuführen ist auf Verletzung von Bedienungs-, Wartungs-, Pflege- oder Einbauvorschriften, unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte Handlung oder natürlichen Verschleiß, fehlerhafte Montage oder wenn das gesamte Leistungsnetz nicht den anerkannten Vorschriften genügt bzw. Zweckentfremdung vorliegt.

7. Die Rechte des Bestellers im Rahmen des Händlerregresses nach §§ 478, 479 BGB bleiben unberührt.

8. Wir gewährleisten im Übrigen fachgerechte Oberflächenbehandlung in Werkstoff und Werkarbeit nach den anerkannten Regeln der Technik, soweit DIN-Normen Gültigkeit haben, oder im Entwurf allgemein anerkannt sind, richten sich unsere Arbeiten nach diesen Bestimmungen.

Muster die einem Auftrag zugrunde liegen, sind für uns nicht verbindlich. Wir gewährleisten lediglich eine annähernde mustergleiche Ausführung, da bei chemischen Prozessen, sowie aufgrund von Qualitätsunterschieden des Rohmaterials, Abweichungen nicht auszuschließen sind. Bei Mängelansprüchen ab Gefahrenübergang verweisen wir auf Ziffer IX.

9. Für fehlende Teile wird nur Ersatz geleistet, wenn deren Anlieferung durch einen von uns abgezeichneten Anlieferungsschein belegt ist und

die Gefahr für die fehlenden Teile auf uns übergegangen ist.
Für fehlende Teile, welche in größeren Stückzahlen angeliefert werden,
wird nur Ersatz geleistet, wenn deren Anlieferung belegt
und die Stückzahl oder das Gewicht bei der Annahme gemeinsam
zwischen dem Auftraggeber und Auftragnehmer festgelegt wurde, da
wir Ware bei Eingang, unter Vorbehalt der sachlich richtigen Angaben,
Gewicht bzw. Stückzahl und Veredelungsfähigkeit, annehmen.
Eine Prüfung erfolgt während der Produktion.
Des Weiteren ist Punkt VII. 5. zu berücksichtigen.

10. Es ist Aufgabe des Kunden oder dessen Lieferanten, die spezifizierte
Qualität des angelieferten Rohteils zu überprüfen.

Davon unberührt bleibt unsere Aufklärungspflicht über offenkundige
Mängel.

Weiter ist es Aufgabe des Kunden, uns über optisch nicht erkennbare,
insbesondere erst über analytische Verfahren erkennbare Vor- und
Nachbehandlungen des Rohteils zu informieren.

Gleiches gilt für beabsichtigte Nachbehandlungen nach der uns in Auftrag
gegebenen Durchführung der Beschichtung.

Ebenso ist es Aufgabe des Kunden, uns über beabsichtigte
Einsatzgebiete des zu beschichtenden Werkstoffes unter klimatischen
Extrembedingungen oder bei beabsichtigten bzw. Umwelteinflüssen zur
sachgerechten Auswahl des Beschichtungsprozesses zu informieren.

VIII. Schadensersatz und Haftungsbeschränkung

1. Wir haften nur für Schäden aus schuldhafter Verletzung des Lebens,
des Körpers oder der Gesundheit, bei schuldhafter Verletzung
wesentlicher Vertragspflichten, soweit dadurch das Erreichen des
Vertragszweckes gefährdet ist, sowie im Übrigen bei vorsätzlicher oder
grob fahrlässiger Pflichtverletzung.

Gleiches gilt, soweit wir für einen Erfüllungsgehilfen haften.

Im Übrigen sind Schadenersatzansprüche ausgeschlossen mit Ausnahme
solcher aus dem Produkthaftungsgesetz.

2. Der Höhe nach ist die Haftung auf den 3-fachen Betrag des Wertes der
betroffenen Lieferung bzw. bei reinen Vermögensschaden auf
höchstens den 2-fachen Betrag des Wertes der betroffenen Lieferung
begrenzt.

Davon ausgenommen sind Ansprüche aus schuldhafter Verletzung des
Lebens, des Körpers oder der Gesundheit. Insoweit gelten die gesetzlichen
Regelungen.

3. Die uns angelieferte Ware ist bis zur Auslieferung nicht versichert. Bei
Bedarf muss dies eingeständig vom Kunden durch Abschluss einer
Außenversicherung geschehen.

IX. Verjährung

Die Verjährungsfrist für Ansprüche und Rechte des Bestellers nach Maßgabe der vorstehenden Ziffern VII. und VIII. wegen eines Sachmangels, wird auf ein Jahr begrenzt. Das gilt nicht bei Lieferungen einer Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet worden ist und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat. In diesem Fall gelten die gesetzlichen Gewährleistungsfristen.

Die Verjährungsbeschränkung gilt nicht bei Vertragsbeziehungen mit Endverbrauchern.

X. Erfüllungsort, Gerichtsstand, anwendbares Recht

1. Erfüllungsort für unsere Lieferungen ist - soweit nicht anders schriftlich vereinbart - das Werk oder das Lager Paderborn, von dem aus die Ware zur Abholung bereitgestellt oder versandt wird.

Erfüllungsort für Zahlungen ist Paderborn, soweit nicht anders schriftlich vereinbart worden ist.

2. Für alle vertraglichen und außervertraglichen Streitigkeiten aus der Geschäftsverbindung wird die örtlich und international ausschließliche Zuständigkeit der für Paderborn zuständigen Gerichte vereinbart. Wir sind jedoch berechtigt, im Einzelfall auch Klage am Geschäftssitz des Bestellers zu erheben.

3. Für das Vertragsverhältnis gilt ausschließlich das deutsche Recht, insbesondere das Bürgerliche Gesetzbuch und das Handelsgesetzbuch. Die Anwendbarkeit des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenverkauf (UN Kaufrecht) wird ausdrücklich ausgeschlossen.

XI. Geltung für zukünftige Geschäfte

Die AGB gelten auch für alle späteren Geschäfte zwischen den Parteien, hierauf wird jeweils sowohl in Angeboten als auch Auftragsbestätigungen gesondert hingewiesen.

XII. Nichtigkeitsklausel

Sind oder werden einzelne Bestimmungen dieser Allgemeinen Geschäftsbedingungen unwirksam, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der unwirksamen Bestimmungen gilt diejenige rechtlich wirksame Regelung, die dem mit der unwirksamen Bestimmung verfolgten Zweck am nächsten kommt.

Birguel Minnich Industriebeschichtung
Stand Dezember 2013